

Haushaltsrede 2015
Fraktionssprecherin Bündnis 90/ Die Grünen
Christine Brach

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

nach meiner Vorbemerkung möchte ich nun zur eigentlichen Rede kommen.

Auch die entspricht nicht ganz ihren Vorgängerinnen der letzten Jahre – schließlich haben wir zur heutigen Verabschiedung des Haushalts ja auch eine ungewöhnliche Situation :

- dies ist das erste Mal , dass über den Haushalt im Rahmen eines Sicherungskonzepts entschieden werden muss
- dies ist das erste Mal , dass über den Haushalt in der politischen Konstellation einer Groko aus CDU und SPD entschieden wird
- dies ist das erste Mal , dass die Entscheidung über den Haushalt zu einem späteren Zeitpunkt, mit zahlreichen vorab nicht geklärten Aspekten und so viel verbliebenen Fragezeichen fallen soll

Auch aus diesem Grunde sind wir vom bekannten „Strickmuster“ abgewichen und verzichten darauf, das übliche Leidensszenario der Kommunen zu schildern – das nehmen uns Bürgermeister, Kämmerer und die RatskollegInnen bereits ab. Außerdem sind die Adressaten für dieses ständig wiedergekäute Lamento unsere politischen KollegInnen auf Kreis,- Landes- und Bundesebene - und die sitzen nun mal, abgesehen von einigen Kreistagsangehörigen, nicht hier!

Da wir Grünen (nicht nur hier in Reichshof) dafür bekannt sind, dass wir mit unseren Wissenslücken recht offensiv umgehen , haben wir auch kein Problem damit, unsere Unsicherheiten hinsichtlich vieler Einzelposten, Detailfragen, allgemeiner Themenbereiche sowie den gerade in den letzten Wochen gehäuft vorgetragenen Zahlenwerken des Kämmerers zum Haushalt klar anzusprechen:

Gerade was die Planung für einen 6- , 8- oder 10-Jahreszeitraum angeht, sind so viele Fragen offen, dass wir es schwierig finden, uns zu allen anstehenden und für den Haushalt relevanten Punkten eine qualifizierte Meinung zu bilden.

Egal, ob

A wie Aggerenergie, **B** wie Brandschutzbedarfsplan, **F** wie Fremdwasserproblematik, **G** wie Gebäudesanierungsprogramm, **I** wie Infrastruktur, **K** wie Klimaschutzkonzept, **S** wie Städtebauförderung, **T** wie Tourismuskonzept oder **Z** wie Zugang zum Ratsinformationssystem:

den Ausführungen und Argumenten der Verwaltung können wir oft nicht folgen und sehen uns daher ebenso oft nicht in der Lage, dazu so kluge Bewertungen abzugeben oder so fundierte Entscheidungen zu treffen wie unsere KollegInnen der beiden GroKo-Fraktionen.

Wir befassen uns also mit Reichshof und seinem Haushalt aus einer etwas anderen Perspektive.

Hierbei dient uns als Leitschnur und gleichzeitige Messlatte, was von Bürgermeister, Verwaltung und Mehrheitsfraktion/-koalition zu Beginn der neuen Legislatur und auch später eifrig und immer wieder beschworen worden ist :

Mehr Transparenz und demokratisches Miteinander, Gräben überwinden, über den Tellerrand schauen.

Der einzige Graben, der seit dem letzten Sommer überwunden worden ist, war die Frage bzw. Sichtweise der Haushaltssicherung.

Ist uns diese in etlichen vorherigen Jahren von Bürgermeister, Verwaltung und manchen RatskollegInnen stets als kommunalpolitischer bzw. demokratischer GAU verkauft worden, welcher mit dem kompletten Verlust kommunaler Entscheidungshoheit einhergehe, hat man sich beruhigt und sieht die Sache nun so, wie sie ist: die in Sachen Haushaltsgenehmigung ohnehin immer rechtlich zuständige und tätige Kommunalaufsicht wird nun etwas genauer hinschauen – was aus unserer bzw. demokratischer Sicht vielleicht auch durchaus wünschenswert sein kann.

(Im Vorgriff auf den „*Tellerrand*“ könnte man natürlich auch anführen, dass ein Blick auf die Mehrzahl der oberbergischen Nachbarkommunen unsere tapferen Reichshofer StreiterInnen für die kommunale Selbstbestimmung ja schon hätte überzeugen können, nicht mehr an das Märchen vom „Bösen HSK [Haushaltssicherungskonzept]“ zu glauben...)

Mit der *Transparenz* sieht es auch nicht viel besser aus: als positiv in diesem Sinn lassen sich der Konsens zur künftig möglichen Diskussion abfallwirtschaftlicher Themen in unseren politischen Gremien außerhalb des Abfallbeirats sowie das bisherige Verfahren zur Straßenumbenennung anführen (vielleicht weil beide Angelegenheiten durch Anträge unserer Fraktion auf den Weg gebracht wurden).

Leider steht dem eine viel größere Zahl von Negativbeispielen gegenüber:

Der Umgang mit den Themen Konzessionsvertrag, Optionsvereinbarung zur Beteiligung Aggerenergie und Breitbandausbau beispielsweise war in unseren politischen Gremien gekennzeichnet von fehlenden oder unvollständigen Unterlagen, unbefriedigenden, ausweichenden oder gar kryptischen Antworten der Vertreter von Verwaltung und beteiligten Drittinstitutionen und hinterließ, wie so oft in der Vergangenheit, den Eindruck, dass politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung auf der Grundlage einer ausreichenden und mit angemessenem zeitlichen Vorlauf zur Verfügung gestellten Informationsbasis gar nicht erwünscht ist.

Auch das Thema der Dichtigkeitsprüfungen/Fremdwasserproblematik wurde alles andere als objektiv, verständlich und umfassend kommuniziert und führte daher zu fraglichen Beschlüssen - kein Wunder also, wenn insbesondere bei den vom „Pilotprojekt Wiehltalsperre“ betroffenen BürgerInnen nach wie vor große Unsicherheit und ebensolcher Unmut herrscht, auch wenn ein mehrheitlicher Kompromiss der Fraktionen die unzumutbare Verwaltungsvariante einer viel zu knappen Fristsetzung für die Durchführung der Dichtigkeitsprüfungen verhindern konnte.

Entsprochen wurde auch - zunächst eifrig - dem noch zu Zeiten der Bunten Liste errungenen Konsens über die regelmäßige Berichterstattung zu den Besucherzahlen (und eigentlich auch noch weiteren Betriebsdaten) des Freizeitbads Monte Mare; seit letztem Herbst sind wir allerdings nur noch auf sporadische Nachfrage hin informiert worden.

Unseren Teil können wir uns angesichts der satten Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für das Bad aber immerhin denken....

Das interkommunale Klimaschutzteilkonzept der Kommunen Bergneustadt, Morsbach, Reichshof und Wiehl zu den Potenzialen der Erneuerbaren Energien hat nach Verwaltungswillen bzw. -willkür fast ein Jahr geschlummert - obwohl die Erstellung und Umsetzung eines solchen Konzepts Sache des Rates ist -, um jetzt eine ziemlich plötzliche Wiedererweckung im Rahmen einer Ratssondersitzung zu erfahren – fragt sich, warum. Mit dem politischen Willen jedenfalls nimmt man es hier halt hier wie bei der Kreisverwaltung nicht so genau, siehe Effizienzkonzept.

Mit der Beauftragung eines Gutachtens zur Straßenbeleuchtung hatten wir eigentlich auch ein entsprechendes Konzept erwartet. Bislang haben wir aber in den

Zusammenhang lediglich von der Umstellung des Wartungsvertrags mit RWE gehört – dafür brauchten zahlreiche andere Kommunen keinen eigenen Gutachter, welcher Geld kostet. Jedenfalls haben wir noch nichts von einer Neukonzeption der Straßenbeleuchtung in Reichshof, welche z.B. den Austausch der Leuchtmittel und die evtl. Neuauslegung der Leuchtstellen beinhaltet, erfahren – bei einer Flächenkommune mit vielen Straßenkilometern ebenfalls ein nicht unerheblicher Kostenfaktor.

Kommen wir zum „*Blick über den Tellerrand*“:

Hier komme ich nun wieder auf meine anfängliche persönliche Bemerkung zurück, dass es sicher vieles gibt, worauf Reichshof bzw. seine BürgerInnen stolz sein können. Leider gibt es auch einiges, was aus Reichshofer Sicht weniger schön ist.

Dazu gehört z.B., dass ein Klimaschutzkonzept erst 2014 fertiggestellt wurde, dass weder weitere Mittel aus dem entsprechenden NKI-Programm des Bundesumweltministeriums noch städtebauliche Mittel für Infrastruktur und Quartiersentwicklung abgerufen wurden.

Ebenso gehört dazu, dass man trotz eines entsprechenden Beschlusses im Rahmen des Gebäudesanierungskonzepts die Nutzung von Photovoltaik auf den gemeindlichen Dächern so lange hinausgeschoben hat, dass die attraktiven Einspeisevergütungen definitiv verpasst wurden.

Hier hätte ein tatsächlicher Blick über den Tellerrand gereicht, dann wäre vielleicht so einiges eher aufgefallen. Es mag aber auch sein, dass der Teller einfach zu tief ist ...

Zu guter Letzt sei noch ein leicht satirischer Blick von der anderen Seite des Tellerrandes auf Reichshof erlaubt:

Meine Fraktionskollegin hat mit der „Dornröschengemeinde Reichshof“ schon eine schöne Vorlage geliefert.

Nun ist ein Reichshof als „Märchen“gemeinde ja nicht unbedingt negativ zu sehen – wäre da nicht der Dornröschen-Schlaf, bei dem man auch träumen kann, dass bei uns in der zauberhaften Märchengemeinde Reichshof die Autos in Gewächshäusern gezüchtet werden – zumindest könnte sich dieses Bild dem einen oder anderen Ortsfremden aufdrängen, der durch Denklingen kommt.

Wir fragen uns, ob das für eine Gemeinde, die sich gern stärker im Tourismus positionieren möchte, das richtige Aushängeschild ist ...

Wir finden jedenfalls: Reichshof kann mehr.

Was hat das Geschilderte der vorangehenden Seiten nun außerdem noch mit dem Haushalt zu tun?

Dazu gehört wieder ein kleiner Blick über den Tellerrand, wenn auch nicht unbedingt über Reichshofer Grenzen:

Die meisten der vorhin genannten Punkte haben auch Auswirkungen auf den Haushalt. Nur verstecken sich diese häufig im Gewirr der NKF- Nomenklatur bzw. deren Produktbereiche und Produktgruppen.

Wir würden uns für die Zukunft wünschen, dass die Darstellung der Haushaltssituation diesen starren und wahrhaft nicht selbsterklärenden Rahmen des NKF-Haushaltsplans etwas verlässt und sich an für Politik und BürgerInnen verständlicheren, nachvollziehbaren Kriterien orientiert.

Dann wird klarer und *transparenter* kommuniziert, an welchen Ausgaben keine Gemeinde, auch nicht Reichshof, vorbeikommt; allerdings ebenso, wieviel Geld bislang in Reichshof beispielsweise für Rechtsberatung und Gutachten von Fachbüros ausgegeben wurde, deren Notwendigkeit sich uns nicht immer erschließt. Es sollte zu denken geben, wenn die Kosten für die Beratung zum Thema strategische Partnerschaft und Konzessionsverträge mittlerweile die 100.000 €-Grenze überschritten haben.

Aus dem Gesagten wird auch deutlich, dass es vor dem Hintergrund der zusätzlichen Anforderungen durch die Eckwerte des Landes NRW und der Haushaltssicherung schwer fällt, eine sachlich fundierte Entscheidung zum Haushalt zu treffen, zumal der Zeitrahmen für zusätzliche Information und Beratung aus verschiedenen Gründen für diesen Haushalt viel zu knapp war.

Nach guter grüner Tradition wird es auch bezüglich der folgenden Abstimmung keinen Fraktionszwang geben; ich selbst kann nach Lage der Dinge diesem Haushalt weder zustimmen noch ihn ablehnen und werde mich daher der Stimme enthalten.

Natürlich gilt unser Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die unsere Arbeit in vieler Form unterstützen, besonders aber allen Ehrenamtlern, die für die Gemeinde Reichshof unersetzliche Arbeit unentgeltlich leisten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

